

Deutscher  
Philologenverband

# Profil

# Konkret

Das Magazin für Gymnasium  
und Gesellschaft

BERLIN/BRANDENBURG

Veränderungen im  
Schuljahr 2005/06

Personalratswahlen:  
Erfreuliches Ergebnis

phv



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Abitur in der  
Wissens-  
gesellschaft

Ph  
MV



SACHSEN

»Leider konnten  
wir dies nicht  
verhindern!«

pvs



SACHSEN-ANHALT

Neuer Koalitions-  
vertrag in Sachen  
Bildung: Resümee

Ph  
Sa



THÜRINGEN

Personalratswah-  
len 2006: Über-  
zeugender Erfolg

TPhV



Bei der Zukunft der Bildung denkt  
die Regierung an den nächsten  
Haushaltsetat...

... aber der PHILOLOGENVERBAND  
an die nächste Generation

PHILOLOGENVERBAND  
SACHSEN-ANHALT  
ph  
Sa



**Gabriele Kasigkeit**  
Stellvertretende Vorsitzende des  
Philologenverbandes Berlin/Brandenburg



schale erst ab dem 21. Kilometer zu gewähren, eine klare Absage.

**»Wir sind auf dem richtigen Weg«**

In Brandenburg wird ein neues Schulgesetz erarbeitet und Arbeitszeitmodelle werden diskutiert. Die Erfolge bei den Personalratswahlen im Land zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen in beiden Ländern stieg enorm. Entsprechendes Verständnis wurde vom Dienstherrn aber kaum entgegengebracht. Die Diskussionen um Werte und Gewalt gehen nicht immer in die richtige Richtung. Anstatt von der Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer, von kleineren Lerngruppen und Bürokratieabbau zu reden und die eigentliche Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen zu verbessern, wollen einige ewig Gestrige die alte Debatte um die Schulstruktur wieder beleben. Aus Fehlern haben sie nicht gelernt.

**Gabriele Kasigkeit**

# Veränderungen im Schuljahr 2005/2006 ...

Das Schuljahr 2005/2006 hat uns auch in bildungspolitischer und berufspolitischer Hinsicht viel abverlangt. So wurde der mittlere Schulabschluss in Berlin eingeführt, die neuen curricularen Vorgaben für die gymnasiale Oberstufe gelten für die Jahrgangsstufen elf und zwölf und sollen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen auf das erste Zentralabitur im Schuljahr 2006/2007 vorbereiten. Kompetenzorientierte und zum Teil länderübergreifende Rah-

menvorgaben bilden die Grundlage für verbindliche Leistungsstandards und Bewertungsgrundsätze. Sie schaffen die Spielräume für schulinterne Curricula, die von den Kollegien trotz einiger Ungereimtheiten in den Vorgaben professionell erstellt werden.

**Keine Ruhe im pädagogischem Alltag**

Sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg beschäftigen uns Schulschließungen bzw. -fusionen. Die erhoffte

Ruhe ist noch nicht in den pädagogischen Alltag eingeleitet.

Auch die Auseinandersetzung mit den Änderungen des Steuergesetzes lassen uns nicht ruhen. Die Absenkung des Höchstalters für den Bezug des Kindergeldes auf 25 Jahre lehnen wir ab, ebenso erteilen wir der geplanten Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer und der Regelung, die Entfernungspau-

**Personalratswahlen:  
Erfreuliches Ergebnis**

Am 29. und 30. Mai 2006 fanden in Brandenburg die Wahlen zum Hauptpersonalrat und zu den Personalräten in den Schulämtern statt. Zum ersten Mal wurden dabei mit etwa zwei Dritteln Beamtenvertretern mehr Vertreter durch die Beamten als durch die Angestellten gewählt.

Eine Premiere stellten auch die Wahlvorstände an jeder Schule dar. Dadurch wurde eine sehr hohe Wahlbeteiligung von achtzig Prozent er-

reicht. Zu beobachten ist leider auch ein zunehmender Trend zu freien oder sogenannten unabhängigen Listen. Diese Listen nahmen zwar besonders der GEW Stimmen ab und dadurch wurde die absolute Mehrheit der GEW im Hauptpersonalrat und in Brandenburg durchbrochen, sie stellen jedoch für alle Verbände eine Herausforderung dar, sich noch stärker um die Probleme der Kollegen zu kümmern. Insbesondere die Problematik der Teil-

zeitverbeamtung muss intensiver angegangen werden.

Der Philologenverband konnte gegenüber der Wahl vor vier Jahren seinen Stimmanteil etwas erhöhen und ist sowohl im Hauptpersonalrat als auch in Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg in den Personalräten vertreten.

Die Interessen des Philologenverbandes Brandenburg wird Susanne Schulze im Personalrat Frankfurt/Oder vertreten, Alrun Diecks wurde

in den Cottbuser Personalrat gewählt und Kathrin Wienczek wird den Verband im Personalrat in Brandenburg vertreten. Gleichzeitig vertritt Alrun Diecks den Verband der Gymnasiallehrerinnen und -lehrer im Hauptpersonalrat.

Wenden Sie sich an die gewählten Vertreter des Philologenverbandes Berlin/Brandenburg bei Fragen oder Problemen, denn nur so können wir kompetent und engagiert für Sie streiten und kämpfen.



**Jörg Seifert**  
Vorsitzender des  
Philologenverbandes  
Mecklenburg-Vorpommern



# Abitur in der Wissensgesellschaft und die Stellung des Lehrers in der Schule

In Mecklenburg-Vorpommern nimmt man keine Jubelschreie aus der Lehrerschaft. Die Stimmung in den Lehrerzimmern ist gedrückt und hier und da entlädt sich auch schon mal lautstark Empörung und Wut. Seit Jahren nämlich wird von

der Landesregierung ein gut getarnter, aber unerbittlicher Sozialabbau betrieben, der mit dem zu Ende gehenden Schuljahr einen neuen Gipfel erreicht: Die Zahl der vollbeschäftigten Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern nähert sich der Null.

Hatten noch zu Beginn des laufenden Schuljahres etwa dreißig Prozent aller beschäftigten Lehrer einen Vollzeitarbeitsvertrag, so sind es zum neuen Schuljahr nur noch etwa fünfzehn Prozent. Dieser Stellenabbau, um den Vorgang beim richtigen Namen zu nennen, ist längst nicht mehr der zurückgehenden Schülerzahl geschuldet. Er ist auch eine Folge des so genannten Umbaus der alten Schule zur 'Guten Schule'. Dabei ist die Frage nach der Stellung des Lehrers im Gesamtgefüge der Schule und in der Gesellschaft äußerst aktuell.

## Wie steht es mit der Stellung des Lehrers?

Im neuen Schulgesetz des Landes heißt es unter anderem: »Ziel der schulischen Bildung und Erziehung ist die Entwicklung zur mündigen,

vielseitig entwickelten Persönlichkeit, die ... bereit ist, Verantwortung für die Gemeinschaft mit anderen Menschen und Völkern sowie gegenüber künftigen Generationen zu tragen ... Die Schule soll den Schülern Wissen und Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, Einstellungen und Haltungen mit dem Ziel vermitteln, die Entfaltung der Persönlichkeit und die Selbstständigkeit ihrer Entscheidungen und Handlungen so zu fördern, dass die Schüler befähigt werden, aktiv und verantwortungsvoll am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzuhaben ...« Dem kann man durchaus zustimmen. Allerdings ließen sich auch im Falle der genannten Ziele im neuen Schulgesetz kritische Fragen aufwerfen. Aber das wäre ein anderes Thema.

## Neues Schulgesetz ein Gewinn?

Für die Gymnasien aber ist das neue Schulgesetz ein außerordentlicher Gewinn, meint man im Bildungsministerium: »Mecklenburg-Vorpommern ist das erste Bundesland, das mit einem neuen Schulgesetz ein altes Bildungsziel der Gymnasien wieder in den Mittelpunkt stellt: Vorbereitung auf ein Hochschulstudium mit einem Abitur als Ausweis der allgemeinen Hochschulreife.« Na, hoffentlich bekommt man das in Bayern nicht zu lesen. Mecklenburg-Vorpommern kehrt zum Abitur nach zwölf Jahren zurück, verabschiedet sich von dem Kurssystem mit zwei Leistungskursen und bekennt sich sowohl zum Fächerkanon als auch zum Unterricht im Klassenverband. Und warum? »Es geht darum,

die Abiturientinnen und Abiturienten auf den Einstieg in ihr Hochschulstudium vorzubereiten ... (sie) für alle vor ihnen liegenden Aufgaben in Beruf und Gesellschaft stark zu machen ...«

## Lehrer werden zum Dienstleister degradiert

Dem Lehrer wird in diesem Prozess natürlich auch eine Rolle zugewiesen: »Umfassende und intensive Beratung ist notwendig, um die gymnasiale Oberstufe erfolgreich zu absolvieren. Die beiden wichtigsten Ansprechpartner für die Schüler und Eltern sind der Oberstufenkoordinator der Schule und der Tutor der Lerngruppe.« Der Oberstufenkoordinator informiert, berät, beaufsichtigt .... Der Tutor übernimmt die Aufgaben des Klassenleiters und berät ebenfalls. Kurz, dem Lehrer werden technische Abläufe zugeordnet, die man heute im Begriff Schulmanagement zusammenfassend charakterisieren könnte; informieren, beraten, beurteilen, beaufsichtigen wären inhaltliche Merkmale dieses Management. Erzieherische Aufgaben werden in der Broschüre zur neuen Abiturstufe nicht hervorgehoben, Einstellungen und Haltungen nicht erwähnt. Die Wissenschaftsgesellschaft, eine Wortschöpfung übrigens aus dem Bildungsministerium von MV, hat dem Lehrer indirekt die Erziehungskompetenzen abgesprochen. Er wurde zu einem Dienstleister degradiert, der Kenntnisse vermittelt und für den Schüler als Lernberater fungiert. Dass aber die erzieherischen Probleme zunehmen, wird im Bildungsministerium nur widerwillig wahrgenommen und schon gar nicht thematisiert.

In Geithain wird Sachsens erste Gemeinschaftsschule errichtet!

Das ist beschlossen und damit wird eine Aussage des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD aus dem Jahr 2004 verwirklicht. Dort wurden Gemeinschaftsschulen als sechsjähriger Schulversuch zugelassen, ein Schulversuch, der wissenschaftlich begleitet werden soll. Zehn Anträge für Gemeinschaftsschulen gab es beim Kultusministerium, dieser eine wurde bewilligt. 76 Schüler haben sich in Geithain für den Schulversuch angemeldet, das sind mehr als man annahm.

Geithain ist eine Stadt im Leipziger Land, Mittelschule und Gymnasium hatten nach den sächsischen Vorgaben keine Zukunft, die Schüler hätten übers Land nach Borna, Grimma oder Rochlitz fahren müssen. Nun lernen sie sechs Jahre gemeinsam an einer Schule. Alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I können hier erworben werden. Es ist eine Schule mit dreitägigem Ganztagsangebot, die einen neuen Rhythmus von Unterricht und Freizeit sucht. Die Lehrpläne werden von Klasse fünf beginnend, an die neuen Gegebenheiten angepasst. Als Orientierung soll als 'oberes Level', wie man sagt, der gymnasiale Lehrplan von Sachsen gelten.

Ab Klasse sieben beginnt der Profilunterricht. In Deutsch, Englisch und Mathematik können leistungsdifferenzierte Kurse eingerichtet werden, ab Klasse neun werden Klassen nach Abschluss – Hauptschule, Realschule oder Gymnasium – gebildet. Nach Klasse zehn können die Schüler des Gymnasialzweiges an ein Gymnasium der Umgebung wechseln.

Soweit die Planung. Es sieht schon sehr nach Gesamtschule aus. Der Philologenverband Sachsen wird natürlich den Schulversuch kritisch mit Interesse begleiten. Die Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig, wird diesen Versuch wissenschaftlich unterstützen.

Damit klar ist: Der PVS steht zum gegliederten Schulwesen. Aber den Kindern von Geithain wünschen wir natürlich trotzdem Erfolg!

Gudrun Schreiner



**Frank Haubitz**  
Vorsitzender des  
Philologenverbandes Sachsen



## »Leider konnten wir dies nicht verhindern!«

So ist ein Aushang des PVS betitelt, der seit dem 7. Juni 2006 in den sächsischen Lehrerzimmern hängt. Ursache ist ein Dokument einer Arbeitsgruppe aus Vertretern des Beamtenbundes und der GEW sowie des SMK. Diese Arbeitsgruppe begleitet regelmäßig die Umsetzung des Betriebstarifvertrages der für die sächsischen Mittelschul- und Gymnasiallehrer im vergangenen Jahr beschlossen wurde.

Für das kommende Schuljahr werden nun in beachtlichen Größenordnungen Versetzungen von Mittelschullehrern an Gymnasien vorbereitet, da an den Gymnasien Sachsens durch den großen Schülerzufluss Lehrermangel herrscht, und den Mittelschulen die Schüler weglauen. Der PVS hat vorgeschlagen, diese Diskrepanz durch geringere Absenkung der Wochenstunden der Gymnasiallehrer und durch Abordnungen von Mittelschullehrern zu lösen. *Hat der Kollege in beiden Sekundarstufen problemlos unterrichtet und will am Gymnasium bleiben, so stände einer Versetzung dann nichts mehr im Wege.* So aber werden wechselwillige Mittelschullehrer ins kalte Wasser geworfen und ihnen gleichzeitig der Rettungsring verwehrt. Dies umso mehr, da in

absehbarer Zeit der Bedarf an Lehrern an den Mittelschulen wieder steigen wird. Dann wird es wieder Versetzungen vom Gymnasium an die Mittelschulen geben müssen. So wird Unruhe und Unsicherheit für Jahre organisiert.

Im Strategiepapier des PVS – verabschiedet im April 2006 auf dem Philologentag – heißt es, dass »die Anforderungen der Schulart und die Professionalisierung der Gymnasiallehrer ... die Versetzung von Mittelschullehrern an Gymnasien verbietet.« Dazu steht der PVS nach wie vor. Trotzdem wird auch unser Verband im kommenden Schuljahr den neuen Kollegen aus den Mittelschulen mit Rat und Tat zur Seite stehen und ihnen im Interesse der Schüler helfen, die Übergangsschwierigkeiten zu meistern.

### Beschäftigungsumfang angehoben

Oben genanntes Papier enthält außerdem einen zweiten Aspekt: Der ursprünglich im Tarifvertrag ausgehandelte Beschäftigungsumfang für das kommende Schuljahr von 77 Prozent für Lehrer an Gymnasien und Mittelschulen kann flächendeckend auf 80,1 Prozent (21 von 26 Unterrichtsstunden) angehoben werden. Damit soll die Sicherheit des Unterrichts im Grund- und Ergänzungsbereich an beiden Schularten gesichert werden, außerdem steht ein Plus von 760 Stellen zur Verfügung. Diese Ressource kann für individuelle Förderung der Schüler oder zusätzliche pädagogische Angebote genutzt werden. Der PVS wird versuchen zu kontrollieren, wie diese Stunden verwendet werden, damit nicht administrative Aufgaben damit abgedeckt werden.

Insgesamt bleibt nach dem weiteren inhaltlichen Ausbau des Tarifvertrages die Aussage des PVS richtig:

**Der Tarifvertrag wurde zu Ungunsten des Gymnasiums und seiner Lehrer abgeschlossen.**



**Dr. Jürgen Mannke**  
Vorsitzender des  
Philologenverbandes Sachsen-Anhalt



## Neuer Koalitionsvertrag in Sachsen Bildung: Resümee

In Sachsen-Anhalt gibt es seit dem März dieses Jahres eine 'Große Koalition'. Mit Minister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz (parteilos) und Staatssekretär Winfried Willems (CDU) stehen zwei Herren an der Spitze des Kultusministeriums, mit denen der Philologenverband Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren viele offene

und kritische Gespräche geführt haben, die oft zur Verbesserung von Gesetzesvorlagen und Verordnungen geführt haben. Werfen wir also einen Blick auf einige Punkte und leiten unsere Forderungen und Ziele im Bereich der Bildungspolitik, natürlich mit besonderem Blick auf unsere Gymnasien, daraus ab.

### Keine erneute Unruhe durch Schulstrukturveränderungen

Die Änderungen des Schulgesetzes seit dem Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2002 und im Herbst 2004 sind vom Philologenverband Sachsen-Anhalt in allen wichtigen Punkten mitgetragen worden, weil die Abschaffung der Förderstufe oder die Zulassungsbedingungen für Schülerinnen und Schüler, die nach der vierten Klasse an das Gymnasium wechseln wollen, notwendige administrative Rahmenbedingungen dafür schaffen, die Qualität aller Schulformen zu verbessern. Im Koalitionsvertrag wird zugesichert, dass es in der kommenden Legislaturperiode 'keine grundlegenden Strukturveränderungen im Schulwesen geben' wird.

Der Philologenverband hat die AOS als erneuten Versuch, die

Gesamtschulen als flächen-deckende Regelschulen zu installieren, in denen die Schülerinnen und Schüler bis zur neunten Klasse gemeinsam lernen, abgelehnt. Ein Abitur nach nur vierjähriger Gymnasialzeit würde deutschlandweit keine Anerkennung finden.

Diese Schule widerspräche zudem dem Koalitionsvertrag.

### Qualifizierung der Schullaufbahneempfehlungen und Mitverantwortung der Eltern einfordern

Im Koalitionsvertrag heißt es: *»Die Schullaufbahneempfehlungen sollen auf der Grundlage bundesweiter Bildungsstandards qualifiziert werden... Das Eignungsfeststellungsverfahren in der Grundschule wird auch im Schuljahr 2006/2007 durchgeführt und dann ergebnisoffen evaluiert!«*

Wir haben uns eingestehen, dass das Ziel, im Interesse der Qualität der Sekundarschulen die Übertrittsquote an die Gymnasien zu senken, verfehlt wurde. Es ist absolut unrealistisch, dass über vierzig Prozent der Schülerinnen und Schüler eines vierten Schuljahrganges die Empfehlung für den Besuch des Gymnasiums ausgesprochen bekommen. In Bayern erhalten 29,8 Prozent eines Jahrganges die Empfehlung für das Gymnasium, aber 45,2 Prozent für die Hauptschule. Das ließe bestenfalls den Schluss zu, dass in Sachsen-Anhalt falsche Übertrittsempfehlungen gegeben werden. Aufgrund dieser Tatsachen von einer sozialen Selektierung zu sprechen, ist pauschal und so nicht haltbar. Richtig ist, dass unser Land verstärkte Aufmerksamkeit auf Förderung legen soll, aber nicht etwa die Versetzungspraxis verändern muss.

Wenn einem Schüler droht, das Klassenziel nicht zu erreichen, dann gibt es zahlreiche 'Vorwarnsysteme'. Auch ist aus der Versetzungsordnung zu erkennen, dass es Ausgleichsregelungen für das Versagen in einem Fach gibt. Insofern ist es schlichtweg falsch zu behaupten, ein Lernender würde lebenslang dafür abgestraft werden, weil er im achten Schuljahr einmal die Note fünf in Mathematik bekommen hat. Die Frage muss doch so gestellt werden: Welcher Bildungsgang ist der geeignete für mein Kind? Hier haben die Eltern hohe Mitverantwortung, eine Einsicht, die auch im Koalitionsvertrag erkennbar ist: »Eltern sollen noch stärker in die Schulentwicklung und das schulische Leben einbezogen und die Entwicklung von Kooperationsbeziehungen mit außerschulischen Partnern ausgebaut werden.« Der Philologenverband vertritt die Position, dass nicht die soziale Herkunft, sondern die Leistung und Leistungsbereitschaft entscheidend für den Besuch einer bestimmten Schulform zu sein hat. Da gymnasiale Bildung besonders viel Geld kostet, müssen Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Elternhäusern gezielt materiell und moralisch unterstützt werden, denn es ist eine leidige Erfahrung, dass problembelastete Elternhäuser nicht selten die Zusammenarbeit mit den Lehrern als unnötig empfinden. Wenn ich mein Kind nicht zum Lesen erziehe, ihm nicht deutlich mache, wie wichtig eine gute Allgemeinbildung Not tut und dass dem Lehrer mit Respekt zu begegnen ist, dann muss ich mich über mangelnde Einstellung meiner Kinder zu schulischen Belangen nicht wundern. Auch ist es bitter notwendig, den Lehrkräften unbürokratischer zu nutzende Erziehungs- und Disziplinarmaßnahmen zu ermöglichen. Hier ist die Zusammenarbeit mit den Elternhäusern unverzichtbar. **Dr. Jürgen Mannke**



**Ralf-Gerhard Köthe**  
Vorsitzender des  
Philologenverbandes Thüringen



## Wahlen zu den Bezirkspersonalräten

Im Schulamtsbereich Eisenach gewann die gemeinsame Liste von TPhV und TLV einen Sitz hinzu, so dass in diesem BPR der TPhV zum ersten Mal einen eigenen Sitz in der Gruppe Gymnasien/Berufsbildende Schulen erobern konnte.

Auch im Schulamtsbereich Erfurt trat der TPhV erstmals mit einer eigenen Liste an. Er konnte seinen Stimmenanteil deutlich erhöhen und zieht erneut mit einem Sitz in der Gruppe Gymnasien/Berufsbildende Schulen in den BPR ein.

Bisher nicht vertreten war der TPhV in der vergangenen Amtsperiode im BPR Neuhaus. Diesmal konnte der TPhV mit einer eigenen Listenvertreterin einen Platz in der Gruppe Gymnasien/Berufsbildende Schulen erringen.

Im Schulamtsbereich Rudolstadt konnte der TPhV seinen Sitz wieder behaupten. Mit 164 Stimmen liegt der TPhV nur eine Winzigkeit hinter der GEW (166) und ist damit erneut stärkste Kraft an den Gymnasien. Auch im BPR Schmölln ist der TPhV wie bisher mit einem Sitz vertreten.

Im BPR Worbis schließlich verteidigte der TPhV die 2002 errungenen zwei Sitze und konnte dabei stimmenmäßig sogar noch zulegen. An den Gymnasien fiel das Ergebnis für die Philologen noch deutlicher aus: 222 Stimmen gegenüber 71 Stimmen für die GEW.

Die Vertreterinnen und Vertreter des TPhV im Hauptpersonalrat, den Bezirks- und Örtlichen Personalräten werden auch in den kommenden vier Jahren kompetent und engagiert für Ihre Interessen eintreten und streiten!

## Personalratswahlen 2006:

# Überzeugender Erfolg

### Wahlen zum Hauptpersonalrat beim Thüringer Kultusministerium

Für die Thüringer Philologen erbrachten die Wahlen zum HPR einen großen Erfolg: Zum ersten Mal ist der Thüringer Philologenverband (TPhV) durch zwei Mitglieder im HPR vertreten mit Heike Schimke (KGS Am Schwemmach, Erfurt), die schon 2002 in den HPR gewählt wurde, und Ines Musch vom Goethe-Gymnasium Ilmenau.

Zum Vorsitzenden des Hauptpersonalrates wurde am 1. Juni 2006 Axel Freyer aus der Gruppe der Beamten gewählt.

Bedingt durch die gesunkene Zahl der Beschäftigten im Kultusbereich wurden insgesamt fast 400 Stimmen weniger abgegeben als bei den Wahlen

2002. Die absoluten Zahlen sind daher wenig aussagekräftig. Beim Vergleich der Wahlergebnisse des Philologenverbandes mit denen des TLV und der GEW ist ferner zu beachten, dass diese sowohl die Gymnasial- als auch die Berufsschullehrer/innen vertreten und somit naturgemäß an den Berufsschulen wesentlich mehr Stimmen erhalten als der TPhV. Da die Beschäftigtenzahlen im Bereich Gymnasien/Berufsbildende Schulen allerdings weniger stark gesunken sind als an den Grund- und Regelschulen, wurden im neuen HPR in der Gruppe Gymnasien/Berufsbildende Schulen zwei Sitze mehr vergeben als 2002 (jetzt 11, zuvor 9):

Dramatische Verluste musste vor allem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hinnehmen. Diese lassen erkennen, dass der Trend von 2002 – weg von den Einheitsgewerkschaften, hin zu den schulartspezifischen Interessenvertretungen – weiter anhält. Die Thüringer Philologen konnten ihr Ergebnis von 2002 behaupten. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Konkurrenz im Bereich Gymnasien um eine Liste gewachsen war: Die 'Freie' Liste Gymnasien, lediglich bestehend aus einem GEW-Mitglied aus Jena, wurde mit dem Ziel aufgestellt, durch einen wohlklingenden Namen und unter Vorgaukelung einer schulartspezifischen Ausrichtung mehr Stimmen für das GEW-Lager herauszuschlagen.

Die Zugewinne dieser Liste gingen aber erfreulicher Weise fast zur Gänze zu Lasten der GEW, so dass trotz allem die einzige eigene Vertretung der Thüringer Gymnasiallehrer/innen, der TPhV, gestärkt aus diesen Wahlen hervorgegangen ist.

Liste	2006			2002		
	gültige Stimmen	Prozent	Sitze	gültige Stimmen	Prozent	Sitze
'Freie' Liste BBS	569	7,9	1	595	7,8	1
TPhV	1129	15,6	2	1294	17,0	1
TLV	1671	23,1	2	1828	24,0	2
TVB/VLW	1384	19,1	2	1397	18,3	2
GEW	1889	26,1	3	2506	32,9	3
'Freie' Liste Gymnasien	597	8,2	1	–	–	–
<b>gültige Stimmen gesamt</b>	<b>7240</b>	<b>100,0</b>	<b>11</b>	<b>7620</b>	<b>100,0</b>	<b>9</b>

## BERLIN/BRANDENBURG

## Werner Brandt erklärt Rücktritt

Der Vorsitzende des Philologenverbandes Berlin/Brandenburg, Werner Brandt, hat den Rücktritt von seinem Amt aus gesundheitlichen Gründen am 8. Juni 2006 in Berlin bekannt gegeben.

Mit großem Bedauern und Verständnis haben die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes den Rücktritt Werner Brandts zur Kenntnis genommen. »Der Vorstand akzeptiert Werner Brandts Entscheidung mit großem Bedauern und dankt ihm für die bisher geleistete Arbeit«, erklärte Gabriela Kasigkeit, die Stellvertretende Vorsitzende.

Bis zur Wahl eines Nachfolgers wird die Stellvertretende Vorsitzende Gabriele Kasigkeit die Amtsgeschäfte weiterführen, die voraussichtlich im September/Okttober 2006 stattfinden wird.

## SACHSEN

## Es geht auch anders: Bautzen bekommt ein sorbisches Schulzentrum

Auf die ständig sinkenden Schülerzahlen muss reagiert werden. Das ist allen klar.

Auch bei der Minderheit der Sorben in Sachsen tritt seit Jahren das Problem auf, dass zum Führen von Schulen nach sächsischem Level nicht genügend Schüler vorhanden sind. Deshalb wird in Bautzen jetzt im Gebäude des sorbischen Gymnasiums ein **Sorbisches Schul- und Bege-**

**nungszentrum** entstehen.

In dem denkmalgeschützten Gebäude wird nach einem Umbau zusammen mit dem Gymnasium auch die sorbische Grundschule und die sorbische Mittelschule untergebracht werden.

Auch das ist ein Modell – das gegliederte Schulsystem bleibt erhalten!

**Gudrun Schreiner**

## SACHSEN-ANHALT

## In welche Richtung geht die Bildung in Sachsen-Anhalt? Ein Ausblick

Auch in Sachsen-Anhalt sollen »in den nächsten Jahren die Schulen mehr Eigenverantwortung und Kompetenzen in pädagogischer, finanzieller und personalpolitischer Hinsicht und im Hinblick auf ein klares Schulprofil erhalten.

Der zunehmenden Profilbildung der Schulen soll durch die Schulträger Rechnung getragen werden, indem die freie Schulschulwahl durch schrittweise Auflösung der Schuleinzugsbereiche gestärkt wird.« Im Koalitionsvertrag wird zudem deutlich unterstrichen, dass die beschlossenen mittelfristigen Schulentwicklungspläne bis

2008/09 umgesetzt werden, was zu keinen weiteren Schulschließungen nach 2009 führen soll. Eine jeweilige Schulprofilierung hat den Vorteil, dass besonders in Ballungsgebieten die Angebote umfangreicher werden und von hohem Nutzen für die Schülerschule sein kann, andererseits kann die dadurch bedingte harte Konkurrenz zwischen den einzelnen Schulen auf Existenzgefährdung einzelner Bildungseinrichtungen hinauslaufen.

Aber wenn »im Rahmen der Evaluationsverfahren ... die Ergebnisse der Schulen transparent und nachvollziehbar veröf-

fentlicht werden, um somit die Entwicklung der Schulen voranzutreiben«, dann wird dieser Konkurrenzdruck noch höher. Das kann zu Aktionismus führen, die dem Lernklima und der inhaltlichen Umsetzung der Rahmenrichtlinien nicht förderlich sind. Unsere Kritik richtet sich in diesem Zusammenhang auch darauf, dass Fachbetreuer keine Einsicht in die Prüfungsgeschäfte von Fachgymnasien haben dürfen. Das muss im Sinne einer Vergleichbarkeit verändert werden. Ebenso sind die Ergebnisse der Gesamtschulen, die Abitur vergeben, in diese Evaluationsverfahren einzubeziehen.

## IMPRESSUM

## HERAUSGEBER:

Deutscher  
Philologenverband e.V.  
Friedrichstraße 169/170  
10117 Berlin  
Telefon: 0 30 / 40 81-6789  
Fax: 0 30 / 40 81-6788  
eMail: presse@dphv.de  
Redaktion: Eva Hertzfeldt

Berlin/Brandenburg:  
**Gabriele Kasigkeit**

Mecklenburg/  
Vorpommern:  
**Jörg Seifert**

Sachsen:  
**Frank Haubitz**  
Sachsen-Anhalt:  
**Dr. Jürgen Mancke**

Thüringen:  
**Ralf-Gerhard Köthe**

## VERLAG &amp; LAYOUT:

Pädagogik & Hochschul  
Verlag GmbH  
Graf-Adolf-Straße 84  
40210 Düsseldorf  
Telefon: 02 11 / 179 59 38  
Fax: 02 11 / 179 59 45  
ISDN: 02 11 / 179 59 65  
eMail:  
doemges@dphv-verlag.de

## DRUCK:

Vereinigte  
Verlagsanstalten  
GmbH  
Höherweg 278  
40231 Düsseldorf  
Telefon: 02 11 / 73 57-0

THÜRINGEN

**Bewährungsfeststellung für die Studienratslaufbahn:  
An den Gymnasien weiterhin möglich!**

Allen Lehrerinnen und Lehrern mit Ausbildung nach dem Recht der DDR, die bis zum 31. Dezember 1996 ihre Bewährungszeit im neuen Schuldienst abgeleistet haben, steht auch zukünftig die Möglichkeit offen, durch die besondere Bewährung im mindestens vierjährigen Dienst an einer berufsbildenden Schule oder in der Oberstufe eines Gymnasiums den Wechsel in die Studienratslaufbahn zu vollziehen.

So kann der Diplomelehrer mit Lehrbefähigung für zwei auch im neuen Schulsystem anerkannte Fächer, der seine Bewährungszeit an der Regel-

schule abgeleistet hat, beim Wechsel ans Gymnasium weiterhin einen Laufbahnwechsel vollziehen.

**Diese Möglichkeit ist jedoch zeitlich nicht befristet!**

Aufgrund einer Fehlinterpretation eines Schreibens des Kultusministeriums vom 13. November 2002 zur Anerkennung von Bewährungszeiten im Thüringer Schuldienst war es sowohl bei den Gewerkschaften und Verbänden als auch bei den Schulämtern zu falschen Schlussfolgerungen gekommen. Aus diesem Grunde wurden Kolleginnen

und Kollegen irrtümlich informiert, dass mit dem 31. Dezember 2006 die Bewährungsfeststellung für die Studienratslaufbahn endet. In der gemeinsamen Sitzung von Hauptpersonalrat und Thüringer Kultusministerium am 26. April 2006 wurde dieses Missverständnis ausgeräumt.

Grundlegend anders sieht es aus bei den Beschäftigten, die sich nicht bis zum 31. Dezember 1996 nach der Thüringer Bewährungsanforderungsverordnung bewährt hatten. Die Thüringer Schuldienstlaufbahnverordnung räumt die Möglichkeit ein, dass im Einzelfall das Bestehen einer Laufbahnbefähigung anerkannt werden kann. Dies

führte dazu, dass die Einarbeitung in die Tätigkeit an einer bestimmten Schulart die Anerkennung der Laufbahnbefähigung für diese Schulart – aber auch nur für diese – nach sich ziehen konnte.

Wenn sich somit ein Diplomelehrer mit zwei Fächern an einer Regelschule erfolgreich einarbeitet, so kann ihm die Laufbahnbefähigung des Regelschullehrers anerkannt werden. Wechselt er sodann an ein Gymnasium, so fehlt ihm für diese Tätigkeit genauso wie dem Regelschullehrer nach neuem Recht die Laufbahnbefähigung. Entsprechend sind ihm die Lehrämter, die dem Gymnasialdienst zugeordnet sind, versperrt.

**Brandenburg**

Das Pädagogische Gespräch zum Thema:

***‘Bildungs- und berufspolitische Pläne und Ziele der Parteien in Berlin’***

findet am Montag, dem 28. August 2006 in der Zeit von 19.30 bis 21.00 Uhr im dbb-Forum Berlin, Friedrichstraße 169/170 in 10117 Berlin, statt.

Am 17. September 2006 finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Dies haben wir zum Anlass genommen und die schulpolitischen Sprecher der Parteien gebeten, die bildungs- und berufspolitischen Ziele ihrer Parteien kurz vorzustellen, und anschließend zur Diskussion zu stellen.

Die Gäste werden die schulpolitischen Sprecher sein:

- Öczan Mutlu, Fraktion der Grünen
- Dr. Felicitas Tesch, Fraktion der SPD
- Sieglinde Schaub, Fraktion der PDS
- Kathrin Schultze-Berndt, Fraktion der CDU
- Mieke Senftleben, Fraktion der FDP